



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Landesprogramm für Demokratie – gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Antrag Fraktion GRÜNE – **Drs. 6/38**

Der Antrag der Fraktion GRÜNE wird wie folgt gefasst:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde, dem Respekt gegenüber Andersdenkenden und der Wertschätzung für die Vielfalt der Kulturen und Weltanschauungen. Jede Form des politischen und religiösen Extremismus stellt diese Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens infrage. Der Landtag von Sachsen-Anhalt bekennt sich zu der gemeinsamen Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die Demokratie durch aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Vielfalt unseres Landes zu nutzen und demokratiefeindlichen Aktivitäten entschlossen entgegen zu treten.
2. In Sachsen-Anhalt versuchen seit Jahren insbesondere Rechtsextremisten, die Demokratie zu untergraben. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben diesen Versuchen bei der Landtagswahl eine Absage erteilt. Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus ist damit aber nicht beseitigt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt bekräftigt deshalb die gemeinsame Erklärung der demokratischen Parteien zur Landtagswahl: „Wir können es uns nicht leisten, dass Sachsen-Anhalt wegen der Rechtsextremen an Ansehen verliert.“ Der Landtag unterstreicht den Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger: „Verteidigen Sie Ihr Recht auf Mitbestimmung gegen die Feinde der Freiheit und der Demokratie! Verteidigen Sie unser liebenswertes und weltoffenes Sachsen-Anhalt!“
3. Der Landtag begrüßt die Festlegung im Koalitionsvertrag, ein Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit aufzulegen, in dem die bisherigen erfolgreichen Ansätze gebündelt und weiterentwickelt werden sollen. Das Programm wird ressortübergreifend Maßnahmen zur Förderung demokratischer Teilhabe, Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements und politischer Bildung abstimmen und die bewährten Beratungsdienste für lokale Akteure und Opfer

rechter Gewalt absichern. Die Erarbeitung des Landesprogramms soll unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und lokaler Akteure erfolgen.

4. Der Landtag wird sich an diesem Prozess aktiv beteiligen. In den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, für Bildung und Kultur sowie für Inneres ist zu gegebener Zeit über den Stand der Erarbeitung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu berichten.
5. Der Landtag begrüßt die Festlegung im Koalitionsvertrag, einen aussichtsreichen Antrag des Bundesrates für ein NPD-Verbot zu unterstützen, und die Vorbereitungen der Landesregierung für die dazu erforderlichen Prüfungen. Ein Verbot der rechtsextremen NPD wäre ein wichtiges Signal für eine klare Grenzziehung gegenüber rassistischen und antidemokratischen Bestrebungen.

Begründung

Die Förderung von Demokratie und die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bleibt eine dauerhafte Aufgabe.

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wird ein gesellschaftliches Signal insbesondere gegen Rechtsextremismus gesetzt. Alle bisherigen Vorhaben und Maßnahmen werden darin gebündelt, Maßnahmen mit landesspezifischer Schwerpunktsetzung können besser abgestimmt, Doppelförderungen können vermieden und Lücken geschlossen werden.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD